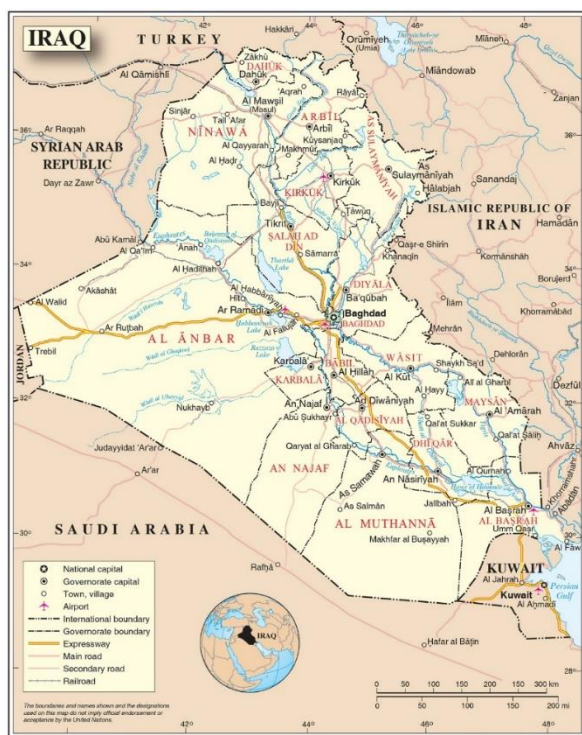


Factsheet Irak

Oktober 2022

1 Facts & Figures



Karte: [UN](#), 2014

Gesamtbevölkerung: [41,2 Millionen](#), davon sind ungefähr [37%](#) unter 15 Jahre alt.

Sprachen: Die Amtssprachen sind Arabisch und Kurdisch.

Ethnische Zusammensetzung: [Ar-aber*innen \(75-80%\), Kurd*innen \(15-20%\)](#). Ethnische Minderheiten: Turkmen*innen, Shabak, Chaldäer*innen, Assyrer*innen, Armenier*innen, schwarze Iraker*innen, Roma, Yezid*innen.

Religionen: Der Islam ist die vorherrschende Religion (97 %). Schiit*innen (Araber*innen, Turkmen*innen, Kurd*innen) machen etwa [60% der Bevölkerung aus, Sunniten etwa 37%](#). In Bagdad sowie im Süden und Osten sind Schiit*innen in der Mehrheit. Im Westen, im Zentrum und im Norden sind Sunnit*innen in der Mehrheit.

Parlamentarische Demokratie mit den wichtigsten Befugnissen in den Händen eines Premierministers. Der Irak ist eine [parlamentarische Demokratie mit Einkammernparlament](#)

mit einem Staatsoberhaupt mit begrenzten Rechten und einem Regierungschef oder Premierminister mit wichtigen Exekutivbefugnissen. Barham Salih ist seit 2018 Präsident. Mustafa al-Kadhimi ist seit April 2020 Premierminister und steht einer geschäftsführenden Regierung vor. Korruption ist endemisch und [strukturell](#); im Korruptionswahrnehmungsindex liegt das Land auf [Platz 157 von 180 Staaten](#).

Autonome Region Kurdistan. Die Autonome Region Kurdistan (KRI) ist als föderale Region mit einer eigenen kurdischen Regionalregierung (KRG) anerkannt. Letztere hat ihren Sitz in Erbil und übt die Autorität über die Provinzen Erbil, Sulaimaniya, Dohuk und Halabja aus. Die *Demokratische Partei Kurdistan*s (KDP) übt ihre Macht in den Provinzen Dohuk und Erbil aus, während die *Patriotische Union Kurdistan*s (PUK) und die Gorran-Partei um die Provinz Sulaimaniya konkurrieren.

2 Risikoprofile

Diese Profile beruhen auf den Richtlinien von [UNHCR](#) vom Mai 2019 sowie auf den [EUAA-Richtlinien von Juni 2022](#).

- **Personen, die zu Unrecht verdächtigt werden, Daesh zu unterstützen:**

- Sunnitisch-arabische und turkmenische Männer und Jungen im kampffähigen Alter, die in einem Gebiet leben, das von Daesh kontrolliert wird und/oder in dem Daesh präsent ist;
- Frauen und Kinder, die aufgrund von Familien- oder Stammesbeziehungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Daesh-Mitgliedern in Verbindung stehen.
- **Personen, die mit der Regierung in Verbindung stehen oder als Unterstützer der Regierung angesehen werden:** Regierungsbeamte; Beamte, einschliesslich von der Regierung ernannte Richter und Staatsanwälte, Angestellte staatlicher Unternehmen; Mitglieder politischer Parteien; Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte (ISF), mit ihnen verbundener Streitkräfte und der Peschmerga; Zivilpersonen, die verdächtigt werden, mit den ISF, mit ihnen verbundenen Streitkräften oder den Peschmerga zu kooperieren; Stammesführer und Mitglieder von Stämmen, die mit der Regierung in Verbindung stehen oder als mit ihr verbunden angesehen werden.
- **Personen, die sich gegen die Regierung oder gegen Personen, die mit der Regierung in Verbindung stehen, gegen Politiker oder andere Personen mit politischem Einfluss stellen oder als solche wahrgenommen werden.**
- **Personen, die tatsächlich oder mutmasslich in Opposition zur KRG stehen,** einschliesslich Personen, die in Opposition gegenüber den herrschenden Regierungsparteien oder anderen Personen mit politischem Einfluss in der KRG stehen, einschliesslich Familienangehörige von Personen mit diesem Profil.
- Angehörige **religiöser und ethnischer Minderheiten**, die in einem Gebiet oder in der Nähe eines Gebietes leben, in dem Daesh präsent ist.
- Menschen, **die vom Islam zum Christentum konvertiert** sind.
- **Journalist*innen und andere Medienschaffende**, die sich mit kritischer Berichterstattung über politische oder andere sensible Themen befassen.
- **Frauen und Mädchen:**
 - die von sexueller Gewalt, häuslicher Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre oder von FGM bedroht sind
 - die von Zwangsheirat und/oder Kinderheirat bedroht sind
 - die von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution bedroht sind.
- **Kinder:** Überlebende und von Zwangsrekrutierung, Menschenhandel und Zwangsarbeit bedrohte Kinder.
- Menschen mit **unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und/oder Geschlechtsidentitäten.**

3 Jüngste Entwicklungen

3.1 Politische Lage

Seit den Wahlen im Oktober 2021, die von der Sadristischen Bewegung gewonnen wurden, hat sich die politische Krise verschärft. **Lähmung des institutionellen Entscheidungsapparats und Zusammenstösse in der Hauptstadt.** Die vorgezogenen Wahlen im Oktober 2021, die nach den Protesten von 2019 durchgeführt wurden, gewann die schiitische und anti-iranische [Sadristische Bewegung](#) und belegt nun 73 Sitze. Die (Teheran-nahe) Fatah-Allianz, die von 48 auf 17 Sitze zurückgefallen war, [akzeptierte](#) die Ergebnisse [nicht](#). Nach einem [Mordanschlag auf den Premierminister](#) im November 2021 kam es zu Zusam-

menstössen. Die Kämpfe fanden insbesondere zwischen [pro-iranischen Milizen, die den Popular Mobilisation Forces](#) (die der Fatah-Allianz nahestehende PMF) angehören, und der Polizei statt. Der Sadristischen Bewegung gelang es nicht, mit den anderen Mitgliedern des CR, insbesondere der KDP und den sunnitischen Parteien, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Ihr Führer, Moqtada Al-Sadr, forderte seine gewählten Vertreter zum Rücktritt auf. [Am 13. Juni 2022 traten sie zurück](#) und wurden durch Mitglieder des [schiitischen Koordinationsrahmens](#) ersetzt, zu dem die Koalition für Rechtsstaatlichkeit und die Fatah-Allianz gehört. Abgesehen davon, dass damit der institutionelle Entscheidungsfindungsprozess behindert wurde, führte dies zu weiteren Zusammenstössen in der Hauptstadt einschliesslich der [Grünen Zone](#), unter anderem zwischen den Anhängern von Moqtada al-Sadr, den Sicherheitskräften und der FMP. Auch in Basra, Dhi Qar, Muthanna und Maysan kam es zu [Demonstrationen](#).

Bei den Zusammenstössen in Bagdad in den Jahren 2021 und 2022 starben mindestens 30 Personen. Auch im Jahr 2022 kam es zu gezielten Tötungen von Aktivist*innen und Journalist*innen. Staatliche Kontrolle über die PMF-Milizen relativ. Die Zusammenstösse in Bagdad und einigen Provinzen des Landes seit den Wahlen im Oktober 2021 forderten mindestens [30 Todesfälle und über 700 Verletzte](#). Seit 2019 wurden auch Demonstrierende, politische Aktivist*innen und Journalist*innen von nicht identifizierten bewaffneten Gruppen [gezielt ermordet, gewaltsam angegriffen](#) oder sie [verschwanden](#). Die Fälle wurden zum grossen Teil nicht strafrechtlich verfolgt. Die meisten Beobachter*innen machen mit der PMF verbundene schiitische Milizen, denen [willkürliche Inhaftierungen, Folter und aussergerichtliche Hinrichtungen](#) vorgeworfen werden, dafür [verantwortlich](#). Rechtlich gesehen untersteht die PMF dem Premierminister, geniesst aber weitgehende Autonomie, wobei einige direkt iranischen Kommandos unterstehen. Bisher wurde nur [ein kleiner Teil von ihnen tatsächlich in die irakische Armee integriert](#).

Proteste der kurdischen Opposition aufgrund der landesweiten politischen Krise. Welle von Repressionen und willkürlichen Verhaftungen. Kurdistan ist politisch und [territorial](#) zwischen der KDP und der PUK aufgeteilt. Beide Parteien haben ihre [eigenen Streitkräfte](#), die Peschmerga, und sind erbitterte Rivalinnen. Die Gorran-Partei verlor ihren politischen Einfluss nach ihrer [Niederlage](#) bei den Parlamentswahlen 2021, bei denen die Partei Neue Generation ihre Position in der Opposition [festigen konnte](#) (9 Sitze in der RC). Im August 2022 kam es in Kurdistan zu [Protesten](#), vor allem in Sulaimaniyah. Die Demonstrierenden protestierten gegen Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit. Wie [schon im Jahr 2021](#) wurden die Proteste [brutal niedergeschlagen](#). [Mindestens 30 Personen](#) wurden Berichten zufolge festgenommen, darunter sechs Parlamentarier*innen der Neuen Generation sowie Journalist*innen, von denen 18 für den Sender NRT TV arbeiten, der dem Anführer der Neuen Generation gehört. Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Demonstrierende wurden regelmässig [willkürlich festgenommen](#), [bedroht und eingeschüchert](#).

3.2 Sicherheitslage

US-Militärpräsenz zur Bekämpfung von Daesh wird trotz des offiziellen Endes ihres Kampfeinsatzes aufrechterhalten. Am 9. Dezember 2021 beendeten die USA offiziell den Kampfeinsatz ihrer Truppen, die seit 2003 im Land waren. Weiterhin sind 2500 US-Soldaten [im Land](#), um die irakische Armee zu unterstützen, auszubilden und zu beraten, insbesondere im Kampf gegen das Wiedererstarken des Daesh. Im Jahr 2022 wurden Militärstützpunkte, auf denen US-Truppen stationiert sind, Ziel mehrerer [Angriffe](#).

Wiedererstarben des Daesh seit Mitte 2019, Rückkehr zu seinen alten aufständischen Taktiken. Daesh wurde Ende 2017 im Irak und 2019 in Syrien militärisch besiegt und hat sich seitdem im Irak neu gruppiert, wo er versucht, sich in seinen traditionellen Hochburgen in ländlichen Gebieten [wieder zu etablieren](#). Ohne territoriale Kontrolle sind die [6000 bis 10'000 Daesh-Kämpfer](#) derzeit auf Angriffe auf die irakischen Sicherheitskräfte beschränkt, insbesondere an Checkpoints und Militärposten in den Provinzen Kirkuk und Diyala. Die Gruppe soll im [Jahr 2021 mehr als 368 Anschläge](#) in verschiedenen Provinzen verübt haben, darunter auch Sprengstoffanschläge. Im Januar 2022 [tötete](#) Daesh elf Soldaten der irakischen Armee in Diyala.

Neue türkische Militäroperationen gegen die PKK im Norden der Autonomen Region Kurdistans (KRI). Die Spannungen zwischen KDP und PKK verschärften sich durch diese Operationen. Die Sicherheitslage hat sich in den kurdisch-türkischen Grenzgebieten, insbesondere in der von der KDP kontrollierten Provinz Dohuk, seit 2019 [verschlechtert](#). Nach den Operationen «[Adlerkrallen](#)» (Juni 2020) «[Klauenblitz](#)» und «[Blitzklaue](#)» (April 2021) startete die Türkei im April 2022 die Operation «[Klauen-Schloss](#)» zur Eliminierung der PKK. Diese Operationen wurden von Luftangriffen und Artilleriebeschuss begleitet. [2021 wurden mindestens 412 Personen getötet](#), darunter mindestens 312 Kämpfer der PKK. Im September 2022 führte der Iran in der Autonomen Region Kurdistan (KRI) einen [Luftangriff](#) auf die Demokratische Partei Kurdistan-Iran (KDPI), eine iranisch-kurdische Oppositionsgruppe, durch, um sie für ihre Unterstützung der Proteste nach der Verhaftung von Mahsa Amini zu bestrafen.

4 Praxis Schweizer Behörden

Niedrige Anerkennungsrate. SEM-Zahlen für [2022](#) (Januar bis August): Anerkennungsquote 11,9 % und Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen) 35,6%. SEM-Zahlen für [2021](#): Anerkennungsquote 18,3 % und Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen) 37,7%.